

Realpolitik.

ap. Eigentlich soll alle Politik Realpolitik sein, oder richtiger noch, ist alle Politik Realpolitik. Denn in den großen politischen Kämpfen handelt es sich immer um reale, wirkliche Dinge, um wichtige Lebensinteressen der Menschen. Allerdings hat eine alte bürgerliche Geschichtstheorie das Gegenteil behauptet; nach ihr sind die Menschen einander wegen religiöser Streitigkeiten zu Leibe gegangen, haben sie einander in blutigen Kriegen bekämpft um die Verwandlung von Brot und Wein beim Abendmahl, haben sie die schwersten Verfolgungen erduldet wegen ihrer Vorliebe für das Tragen schwarze-weißroter oder roter Abzeichen. Nach dieser Auffassung handelte es sich bei den großen politischen Kämpfen nur zu oft um Phantastereien, um abstrakte Prinzipien und Glaubensbekenntnisse. Demgegenüber betont die marxistische Geschichtsauffassung immer wieder, daß solche abstrakte Streitpunkte nur eine äußere Form, eine Hülle darstellen, hinter der sich reale Interessengegensätze verborgen. In Wirklichkeit ist alle Politik ein Kampf um reale Dinge, um wirkliche Interessen.

Weshalb hat dann trotzdem der Name Realpolitik einen so üblen Klang? Weil die Realpolitik in der politischen Praxis stets als Gegensatz zur Prinzipienpolitik auftrat. In der Geschichte des deutschen Liberalismus ist das Wort Realpolitik immer gleichbedeutend mit Prinzipienverrat gewesen. Um der Preisgabe ihrer Prinzipien im Tausche für unmittelbare Vorteile einen schönen Anstrich zu geben, wurde von den liberalen Politikern das Wort Realpolitik erfunden, um damit anzudeuten, daß es sich bei einem Kampf um Prinzipien nur um phantastische Abstraktionen, um Marotten unpraktischer Theoretiker handle, denen kein wirklicher Inhalt zukomme. In Wirklichkeit liegt die Sache ganz anders. Die alten liberalen Prinzipien bildeten den Ausdruck der allgemeinsten tiefsten Klasseninteressen der aufsteigenden Bourgeoisie, und zwar in der Gestalt eines Programms für den Kampf um die politische Herrschaft. Wenn eine Klasse über die Macht, über die Herrschaft verfügt, kann sie ihren materiellen Interessen uneingeschränkt genügen;

daher ist der Machtkampf die vollkommenste Form einer Interessenpolitik. Und weil diese Eroberung der Herrschaft zugleich die Beseitigung alles feudalen und anderen verfaulten Gerümpels bedeutete, bekam diese Prinzipienpolitik, die es auf die Macht abgesehen hat, notwendig einen ideellen und kulturfortschrittlichen Charakter.

Das Aufgeben dieser Prinzipienpolitik und ihre Ersetzung durch Realpolitik bedeutete also nicht, daß nun der Kampf um die Klasseninteressen der Bourgeoisie zugunsten der Ergatterung kleiner Vorteile für Politiker und ihre Freunde aufgegeben wurde; auch nicht umgekehrt, daß nun erst reale Interessen an die Stelle abstrakter Phrasen die Politik beherrschen sollten. Es bedeutete einfach, daß die Interessen der Bourgeoisie nicht mehr in der Gestalt eines Kampfes um die Macht verfochten wurden. An dessen Stelle traten Schacher und Kuhhandel, die bekannten schönen Erscheinungsformen der Realpolitik. Die Ursache dieses Umschwunges ist damit auch klar bezeichnet. Die deutsche Bourgeoisie hatte erkannt, erstens daß die junkerlich-polizeiliche Staatsgewalt zu stark war, um sie ohne die Entfesselung einer großen gefährlichen Volksbewegung erobern zu können, und zweitens, daß diese Staatsgewalt bereit war, die allgemeinen Bedürfnisse der Bourgeoisie durch Gründung einer mächtigen Reichseinheit und Niederhaltung der Arbeiter zu befriedigen. Deshalb hat sie den Kampf um die Macht aufgegeben und sich der Regierung und ihrer Politik angeschlossen. Die Jammergeschichte des deutschen Liberalismus ist nichts anderes, als der Ausdruck dieser stetigen Annäherung und der Auslöschung der deutschen Bourgeoisie mit der reaktionären Regierung. Diese Annäherung brachte notwendig mit sich, daß die liberale Politik nur eine prinzipienlose Realpolitik, nur eine Politik der unmittelbaren Vorteile und des Augenblicksgewinns, nur eine Politik des Kuhhandels sein konnte. Das war nicht die Schuld des Liberalismus, sondern sein Pech. Damals hat die Sozialdemokratie diesen liberalen Politikern wegen ihres ständigen Umfallens oft genug böse zugesetzt; so sagte z. B. Mehring 1897 mit vollem Rechte: „Wer auf die politische Macht verzichtet, um durch diesen Verzicht ökonomische Vorteile zu erringen, handelt so töricht, wie ein Heer, das einen Sieg erringen will, indem es die Waffen fortwirft, die ihm allein diesen Sieg erobern können.“ Aber hinterher kann man eigentlich nur Mitleid mit den armen

Kerlen empfinden, die durch die Weltentwicklung zu der kläglichen Rolle verurteilt waren, immer auf den Kampf um die Macht verzichten zu müssen.

Eine solche Realpolitik ist natürlich für die sozialdemokratische Partei ausgeschlossen. Aber das soll nicht besagen, daß nicht auch wiederholt in unserer Partei Ansätze und Neußerungen vorgekommen sind, die auf eine Realpolitik in diesem Sinne abzielen. In der Politik handelt es sich immer um das Abwägen von Vor- und Nachteilen gegeneinander. Wenn nun auf der einen Seite als Vorteile handgreifliche feste Dinge stehen, wie bestimmte Gesetze oder Mandate, auf der anderen Seite solche abstrakte geistige Sachen wie Prinzipien, Klassenempfinden der Arbeiter oder sozialistische Einsicht, so ist es nur allzu verständlich, daß diese gegen jene nicht aufkommen können. In der revisionistischen Praxis sind solche Fälle nicht selten, und auch die für das Stichwahlabkommen mit der Dämpfung ins Feld geführten Argumente werden völlig durch die Gedankengänge der Realpolitik beherrscht. Immer wurde als entscheidendes Argument, daß jede weitere Erörterung überflüssig machen sollte, auf den großen Gewinn an Mandaten hingewiesen, die es uns gebracht hatte. Nun war allerdings dieser Gewinn gar nicht so groß; wenn mitunter davon geredet wird, daß wir ohne dieses Abkommen nur ein oder zwei Duzend Mandate in den Stichwahlen geholt hätten, so schlägt das den Tatsachen direkt ins Gesicht. Von den vom Abkommen betroffenen Kreisen haben wir nur 11 gewonnen, und ein Teil davon wäre auch gewonnen worden, wenn die freisinnigen Wähler nicht zahlreicher als in früheren Jahren zu uns übergegangen wären; der tatsächliche Gewinn durch das Abkommen mag also in Wirklichkeit nur ein halbes Duzend Mandate betragen haben. Gegenüber diesem kleinen Gewinn fallen die dem gegenüberstehenden Nachteile, die auf einem anderen Gebiete liegen, um so schwerer ins Gewicht.

Der oberflächliche Beobachter sieht nur das Greifbare, das Mandat. Er sieht nicht das Tieferliegende, was in Geist und Herz des kämpfenden Proletariats lebt und im Grunde genau so real ist. Mehr noch: dieses klare Klassenempfinden, die Kampfsenergie, die Zuversicht in die Partei, die sozialistische Einsicht, sie sind viel realer, viel wirklicher als die sichtbaren äußeren Vorteile, wenn man sie auch nicht zahlenmäßig abschätzen kann;

die ganze Macht und Kraft unserer Bewegung besteht in diesen unsichtbaren Dingen. Mandate können wieder verloren gehen, Gesetze können aufgehoben oder verschlechtert werden, was aber an sozialistischer Einsicht und Begeisterung in dem modernen Proletariat lebt, bildet den festen Felsen des Sozialismus. Das haben viele Arbeiter instinktiv empfunden, als sie sich gegen die Dämpfung wandten. Genosse Cohn hat versucht, dem Unsichtbaren eine greifbare Form zu geben, als er von Vernichtung der Organisation sprach; aber so verhängnisvoll brauchte die Sache nicht zu sein. Daß Anmut bei den Genossen geweckt wurde, weil sie dem Feind kampflös das Feld überlassen mußten, daß eine gründliche Aufklärung über das kapitalistische Wesen des Freisinn verhindert wurde und Illusionen an deren Stelle propagiert wurden, daß das Zutrauen in die Partei als rücksichtslose Kämpferin gegen die ganze bürgerliche Welt geschwächt werden mußte, das alles sind Nachteile, die gegen die gewonnenen Mandate schwer ins Gewicht fallen.

Es handelt sich jetzt natürlich nicht mehr um eine Kritik dieses Vorganges, sondern nur um seine Bedeutung als ein Beispiel der Realpolitik. Die Arbeiterklasse will die Macht erobern; sie muß dazu die Massen aufklären und zusammenscharen; sie kann daher nur eine Politik betreiben, die ihr die Massen immer mehr zuführt und die tiefsten Grundlagen ihrer Macht stärkt, und auf dieses Ziel darf sie nicht für augenblickliche Vorteile und äußerliche Scheinmacht verzichten. Sowie das Proletariat anders dasteht als die Bourgeoisie, muß auch die Politik der Sozialdemokratie notwendig anders sein als die des Liberalismus: keine Realpolitik, sondern Prinzipienpolitik.